

FDP-Kreisverband Märkisch-Oderland  
Beschluss des Kreisparteitages am 12. März 2011 in Prötzel

**Ein Kreis - Zwei Lebensräume, Märkisch-Oderland zusammenhalten**

Die FDP bekennt sich zu ihrer Verantwortung im Kreis und ist eine Partei für ganz Märkisch-Oderland.

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte sehen wir daher kritisch. Bei einem „Weiter so“ haben wir Sorge um den Zusammenhalt des Kreises.

Der Kreis Märkisch-Oderland wies schon bei seiner Gründung ein starkes Gefälle hinsichtlich der Einwohnerzahlen der zusammengeführten Altkreise auf. Dieser Umstand hat sich in den letzten Jahren noch verschärft. Seit drei Jahren sinken die Einwohnerzahlen im Kreis, wobei die Faustregel gilt, je weiter von Berlin entfernt desto stärker der Bevölkerungsrückgang. Ein ebenso ungleiches Bild bietet sich beim Blick auf die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote lag Ende 2010 im äußeren Entwicklungsraum mit 16% bzw. 17% doppelt so hoch wie im engeren Verflechtungsraum mit 8%. Trotz Aufschwung bleibt dieser Abstand erschreckend stabil, eine ganze Region droht abgehängt zu werden. Bei einem „Weiter so“ haben wir Sorge um den Zusammenhalt des Kreises.

Deshalb fordern wir:

Um den Kreis als solchen lebensfähig zu halten, dürfen die beiden Lebensräume nicht abgekoppelt werden. Hierzu muss die „Mitte“ gestärkt, ein Scharnierraum entwickelt werden, der eine Brückenfunktion - insbesondere in punkto Versorgungssicherheit - übernimmt. Im Falle Märkisch-Oderlands wäre dies die Region um Prötzel, Strausberg, Buckow, Rehfelde, Herzfelde und Müncheberg, die den äußeren Entwicklungsraum (Bad Freienwalde, Wriezen, Letschin, Seelow, Lebus) und die Gemeinden im Einzugsgebiet der A10 (Hoppegarten, Neuenhagen, Altlandsberg, Fredersdorf-Vogelsdorf, Rüdersdorf) zusammenhält.

**1.) In der Schrumpfung liegt eine Chance - Kleiner, feiner, vielfältiger**

Der Bevölkerungsrückgang bietet die Chance den Trend zur Zersiedelung zurückzuführen, die bestehende und künftige Bevölkerung durch Lückenbebauung und Sanierung der Siedlungszentren punktuell zu konzentrieren und dadurch Versorgungssicherheit zurückzugewinnen. Es ist zu prüfen, inwieweit Einwanderer durch die Nutzung leerstehender Gebäude und wirtschaftlicher - mindestens aber gemeinnütziger - Betätigung mindestens den Schrumpfungsprozess in Teilen aufhalten können.

**2.) Versorgungssicherheit bedeutet Standortqualität**

Dem bereits vorhandenen Ärztemangel muss mit einem breiten Instrumentarium begegnet werden: Neben einer leistungsgerechten Vergütung, die insbesondere den „Landarzt“ attraktiver macht, muss mit Einführung eines „Dreitägesdoktors“, Einsatz von Medimobilen, verstärkte Nutzung der Telemedizin und ärzteunterstützende Maßnahmen wie die Einführung von Gemeindeschwestern die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichergestellt werden. Darüber hinaus können durch die Vergabe von Stipendien angehende Mediziner an die Region gebunden werden. Die Freiwillige Feuerwehr darf nicht als Notarzt-Ersatz missbraucht werden. Denn diese steht durch die steigende Entfernung zwischen Arbeits- und Einsatzort vor großen Herausforderungen hinsichtlich ihrer Einsatzfähigkeit, selbst wenn mit der Nachwuchsförderung bereits im Kindesalter begonnen wird.

Durch die stärkere Nutzung von elektronisch unterstütztem Lernen können weite Wege zu Bildungseinrichtungen zum Teil entfallen, durch Lehrlingswohnheime und Ausbildungsverbände bleibt die berufliche Ausbildung in der Region möglich. Das Zurückziehen der Polizei aus der Fläche und die regionale Aufgabe staatlicher Kernkompetenz ist problematisch, da sich längere Anfahrten negativ auf die Interventionszeit auswirken, mangelnde Ortskenntnis Ermittlungserfolge erschwert. Zur Sicherung der Versorgungsinfrastruktur von Wasser und Strom bieten sich dezentrale Lösungen mit optionaler administrativer und beratender Unterstützung der bestehenden Energieversorger und Wasserverbände an.

### **3.) Verkehrsinfrastruktur ist Voraussetzung für erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung**

Märkisch-Oderland weist eine hohe Anzahl von Pendlern von und nach Berlin aber auch innerhalb des Kreises auf. Von besonderer Wichtigkeit ist daher die Verknüpfung beider Räume und Berlin. Dies ist insbesondere durch eine entsprechende Verkehrsinfrastruktur zu gewährleisten. Auf den Ausbau (Ortsumgehungen bzw. teilweise 2+1-System) sogenannter West – Ost Achsen vom engeren Verflechtungsraum zum äußeren Entwicklungsraum sollten die finanziellen Mittel in diesem Bereich gebündelt werden. Dazu gehören insbesondere die B158 bis Hohenwutzen, die B1 bis Küstrin - Kietz und die L33 nach Wriezen. Zusätzlich müssen die Landesstraßen im engeren Verflechtungsraum (L30, L23, L233 und L303) den PKW-Pendlerverkehr innerhalb des Landkreises sicherstellen. Die Ostbahn als Lebensader für den Landkreis muss erhalten bleiben, ein zusätzlicher Halt in Hoppegarten stützt die Wirtschaftlichkeit dieser Verbindung. Anstelle überdimensionierter Busse im Linienverkehr muss im ländlichen ÖPNV verstärkt auf Kleinbusse im Punkt-zu-Punkt-Verkehr zum Teil mit Hilfe ehrenamtlicher Aktivitäten wie etwa Bürgerbusse gesetzt werden.

### **4.) Wachstumstreiber: Mittelstand, Landwirtschaft und Tourismus**

Der Schlüssel zu einer krisenfesten Wirtschaftsstruktur ist der märkische Mittelstand, welcher durch Anpassungsfähigkeit, Spezialisierung, Vernetzung und professioneller Vermarktung eine ausreichend hohe Produktivität aufweist, um im Wettbewerb um Kunden, Lieferanten und Mitarbeiter zu bestehen. Diese Wirtschaftsstruktur muss sich am Markt bilden, dazu benötigt sie Freiraum - künstliche Planspiele landespolitischer Wirtschaftsförderung greifen zu kurz. Dem drohenden Facharbeitermangel muss neben angemessenen Löhnen durch ein hohes Maß an Versorgungssicherheit und das Erschließen von Beschäftigungspotenzialen jenseits der Oder begegnet werden. Die Landwirtschaft war, ist und bleibt das Rückgrat der Wirtschaft in der Region. Damit verbunden ist das Bekenntnis: Der Oderbruch ist Kulturlandschaft. Beim Ausbau der Tourismusbranche muss nicht Neues geschaffen werden, sondern Vorhandenes gefestigt, verknüpft, ausgebaut und besser vermarktet werden. Um insbesondere Landwirtschaft und Tourismus zu befördern, bedarf es eines aktiven Hochwasserschutzes, der den Menschen in dem Mittelpunkt stellt.

### **5.) Die Verwaltung ist für die Bürger da, auch wenn sie nicht vor Ort ist**

Die Verwaltung ist für den Bürger da und darf kein Papiertiger sein. Um zeitaufwendigen Wege zum Amt zu vermeiden ist die papierlose und elektronische Verwaltung auszubauen und sind mobile Bürgerbüros/Verwaltungsbusse einzuführen. Das Abrufen von Informationen über die Internetseiten der Verwaltungen, das Stellen von Anträgen und der Kontakt per E-Mail muss gelebte Normalität werden. Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit sind ebenso Voraussetzung für die Annahme durch die Bürger wie schnelle Datenverbindungen - auch und gerade im ländlichen Raum.

## **6.) Keine Gebietsreform ohne Funktionalreform**

Möglichst viele Entscheidungen sollten vor Ort getroffen werden, also in den Städten und Gemeinden, selbstverständlich mit den zugehörigen Finanzmitteln; denn vor Ort weiß man am besten, was nötig ist. Dazu ist eine Funktionalreform notwendig, die umfassend und am Subsidiaritätsprinzip - was vor Ort gelöst werden kann, soll auch dort gelöst werden – orientiert, regelt, welche Verwaltungsebene welche Aufgaben wahrnehmen soll. Die Entscheidungskompetenz und Eigenverantwortung vor Ort werden gestärkt, Bürgernähe sichergestellt. Eine Gebietsreform ohne Funktionalreform ist zum Scheitern verurteilt; das haben die Entscheidungen der Jahre 1993 und 2003 gezeigt.

## **7.) Keine Funktionalreform ohne Neubestimmung der Finanzbeziehungen**

Eine umfassende Neubestimmung der Aufgaben und Finanzierung zwischen Land und Kommunen ist dringend notwendig. Märkisch-Oderland ist ein Beispiel wie durch das Missachten des Konnexitätsprinzip - wer bestellt, bezahlt auch - ein Kreishaushalt strukturell überfordert wird. Trotz der dritthöchsten Kreisumlage im Land, ist der Haushalt mittlerweile selbst bei Streichung aller freiwilligen Leistungen nicht mehr auszugleichen. Jede Diskussion über das Zusammenlegen von Ämtern und Neuzuschnitt von Kreisen ohne Aufgabenkritik und ausreichender Finanzierung verunsichert die Bürger. Aus zwei Schwachen wird kein Starker.